

**»» ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTSPOLITIK ‹‹**

Wilfried Kurtzke

MEMORANDUM Sommerchule 2013

Schuldenbremse erfordert massive Steuererhöhung

Wilfried Kurtzke

Das neoliberale Paradigma und seine Folgen

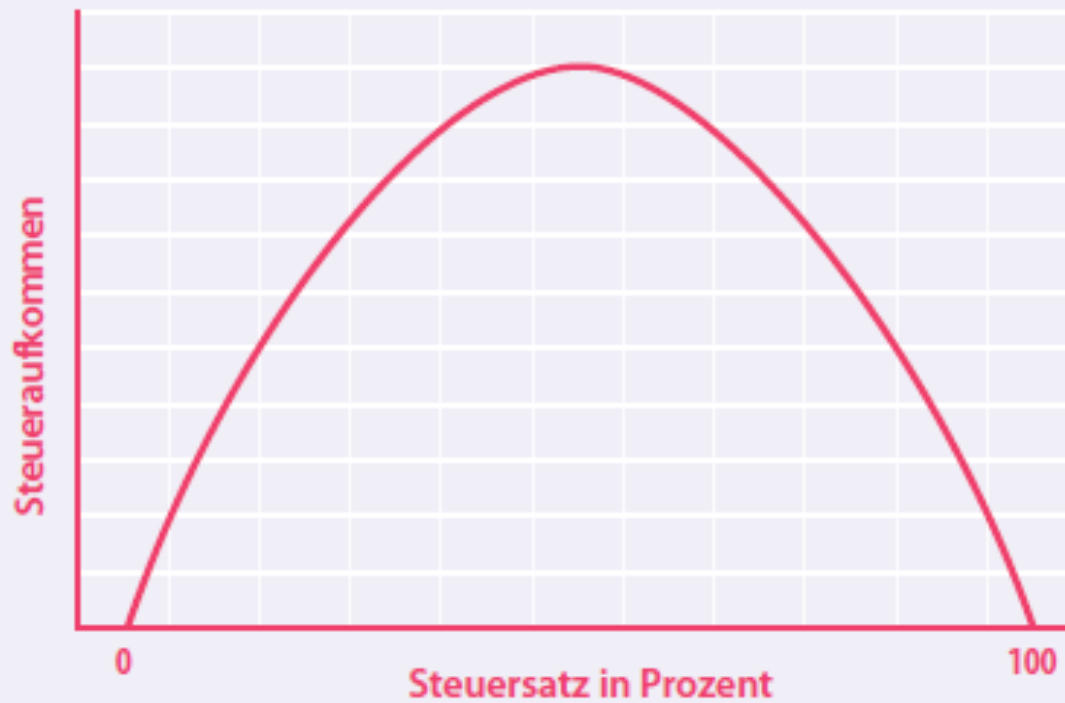
**Staatliche Aktivitäten strangulieren angeblich
privatwirtschaftliche Dynamik.**

**Erstaunlich lange blieben die Steuersysteme
unangetastet. Rot-Grüne Bundesregierung setzte
radikale Steuersenkungen durch.**

**Verheerende Wirkungen auf Staatsfinanzen und
Verteilung.**



Laffer-Kurve

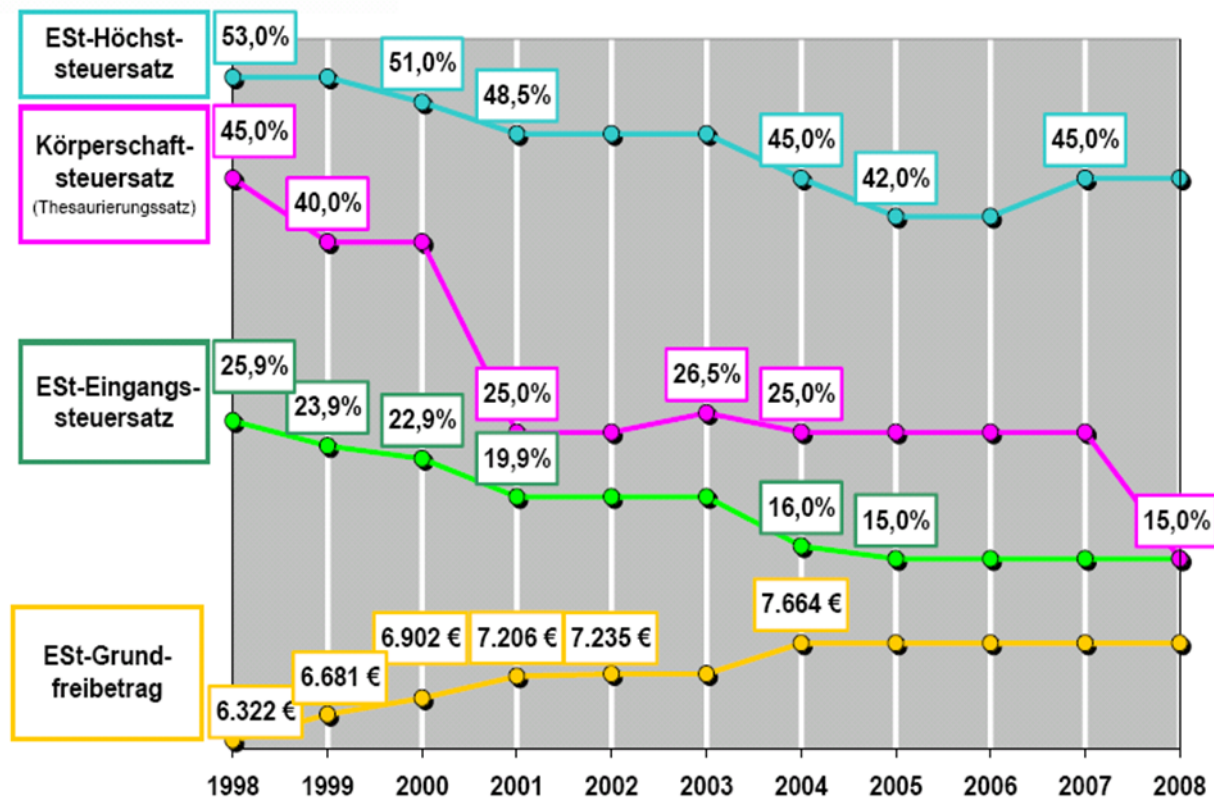


© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2010

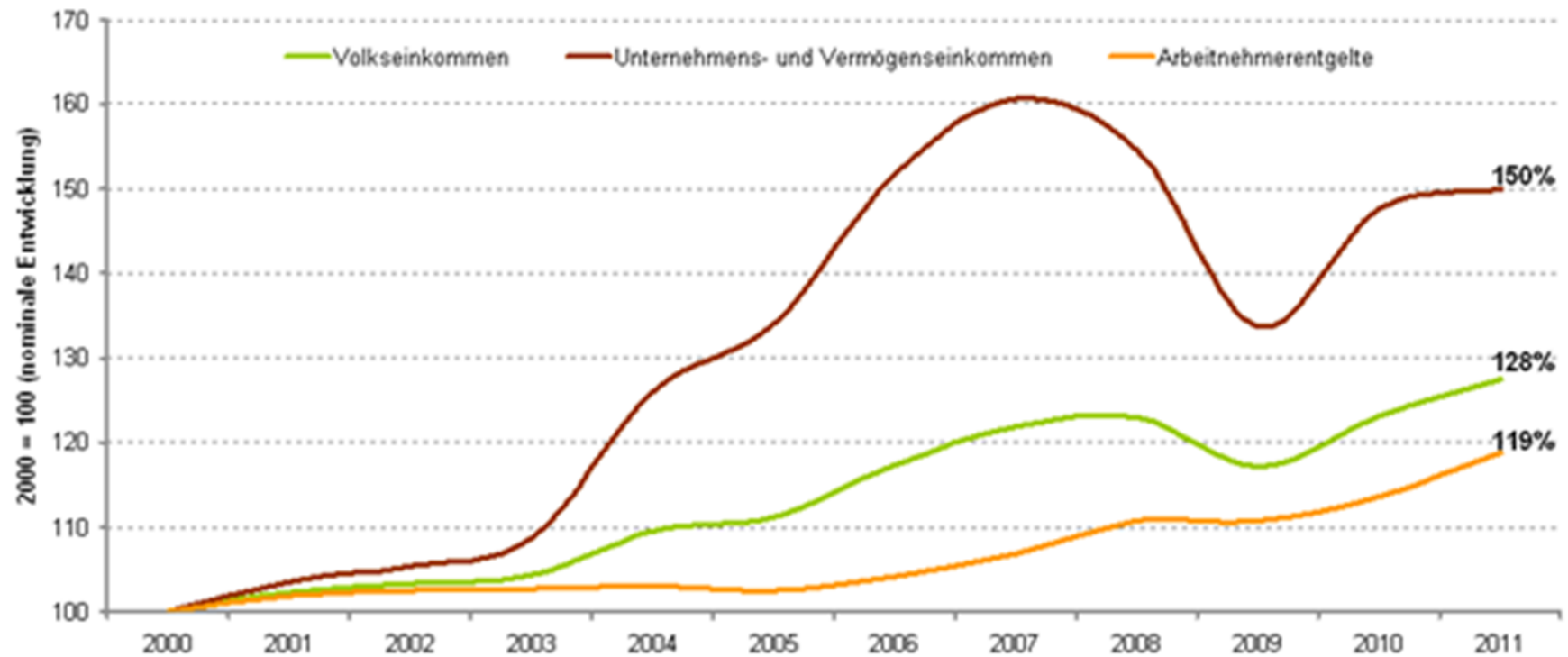


Bundesministerium
der Finanzen

Die Entwicklung der Steuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie des Grundfreibetrags von 1998 bis 2008



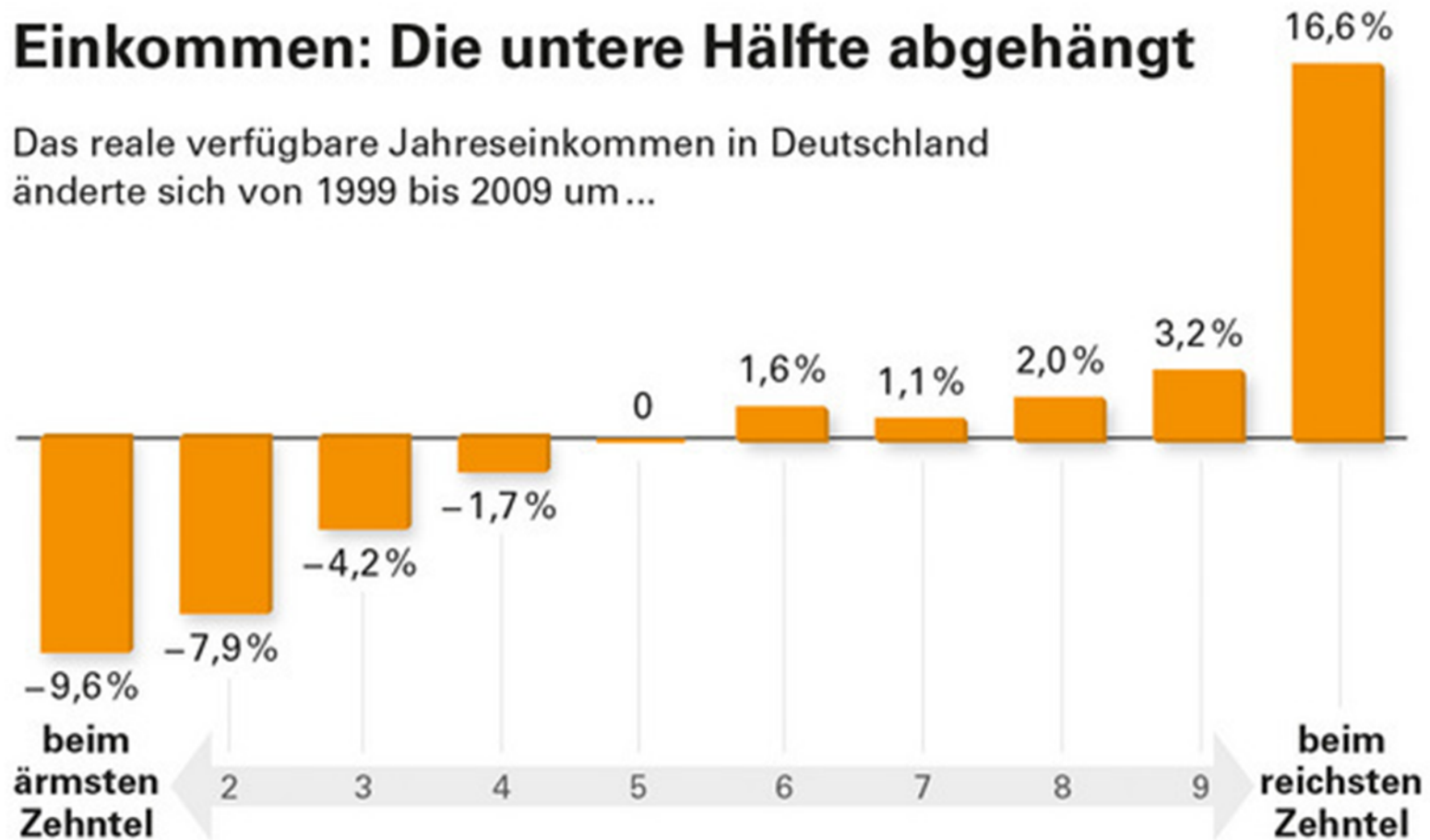
Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker gestiegen als Arbeitnehmerentgelte



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Einkommen: Die untere Hälfte abgehängt

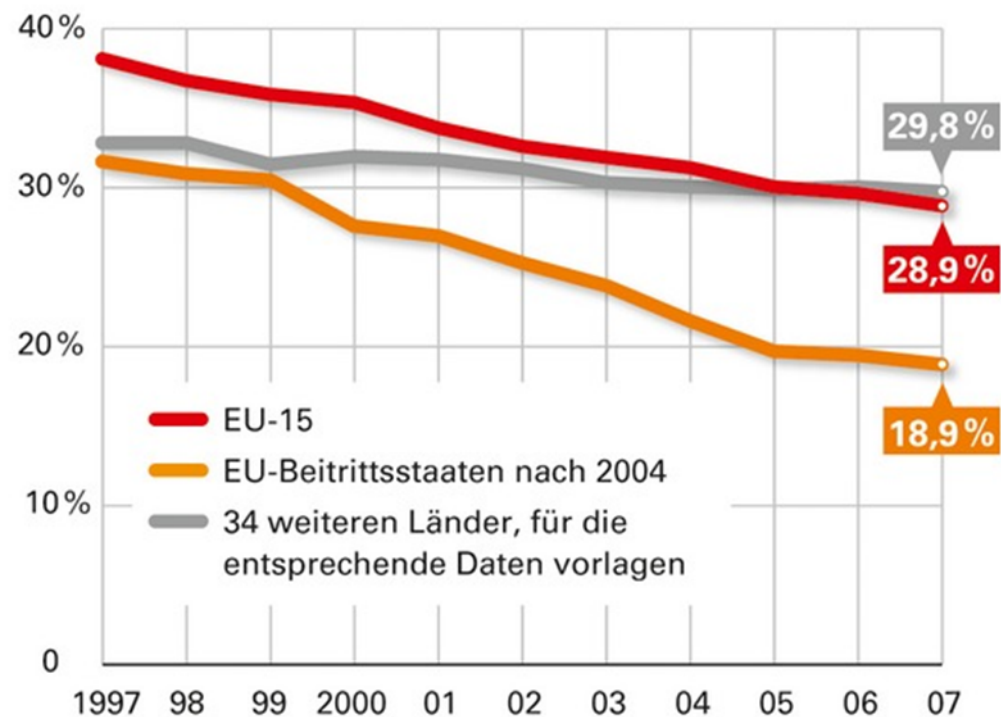
Das reale verfügbare Jahreseinkommen in Deutschland änderte sich von 1999 bis 2009 um...



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Steuerparadies EU

Die Unternehmenssteuern betragen in...



Quelle: Genschel, Kemmerling, Seils 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Neben den Steuersätzen ist bei der Unternehmensbesteuerung Steuergestaltung ein zentrales Problem.

Gerade in jüngster Vergangenheit haben Schlagzeilen über geringe Steuerzahlungen großer Konzerne Furore gemacht. Es gibt Schätzungen, nach denen 1,7 Billionen US-Dollar von amerikanischen Konzernen in Steueroasen schlummern.

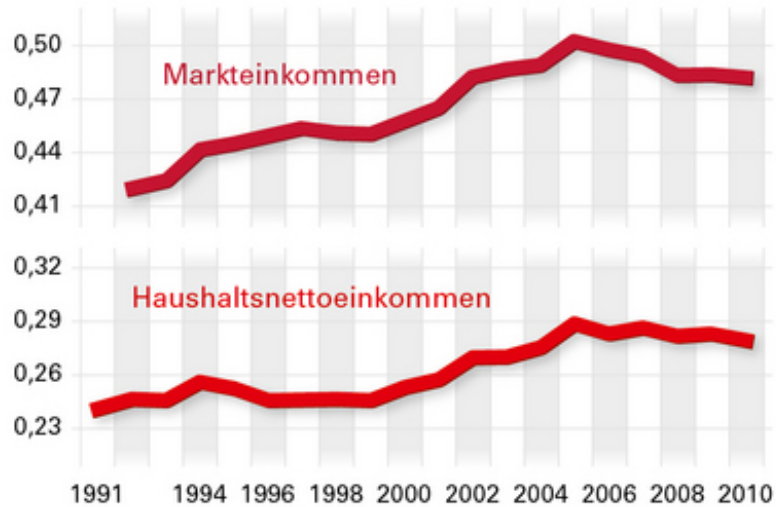
Grundlage von Steuersparmodellen sind fast immer Finanzierungen und immaterielle Wirtschaftsgüter. Steueroasen sind dabei aber nicht nur exotische Inseln.

Es „... zeigt sich für den Zeitraum von 2001 bis 2008 eine durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmen von 21 Prozent. Dieser effektive Steuersatz ist erheblich niedriger als die tariflichen Steuersätze.“ Ein großer Teil der Gewinne wird nicht erfasst. „Diese Besteuerungslücke bewegte sich im Jahr 2007 in einer Größenordnung von mindestens 120 Milliarden Euro. ...“

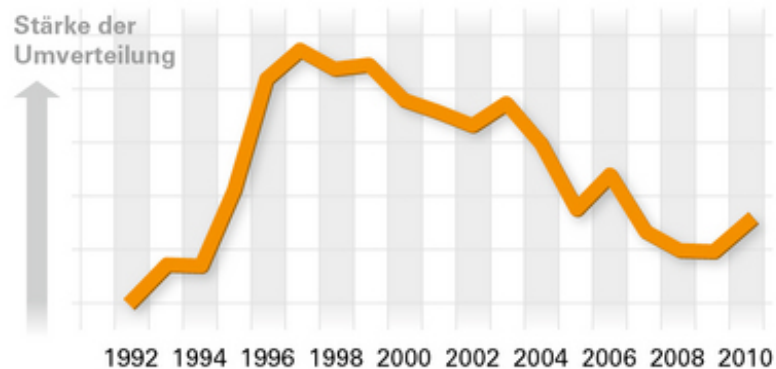
- **DIW Wochenbericht 22/23, 2013**

Staatlicher Ausgleich fehlt

In Deutschland entwickelte sich die **Ungleichheit*** der ...

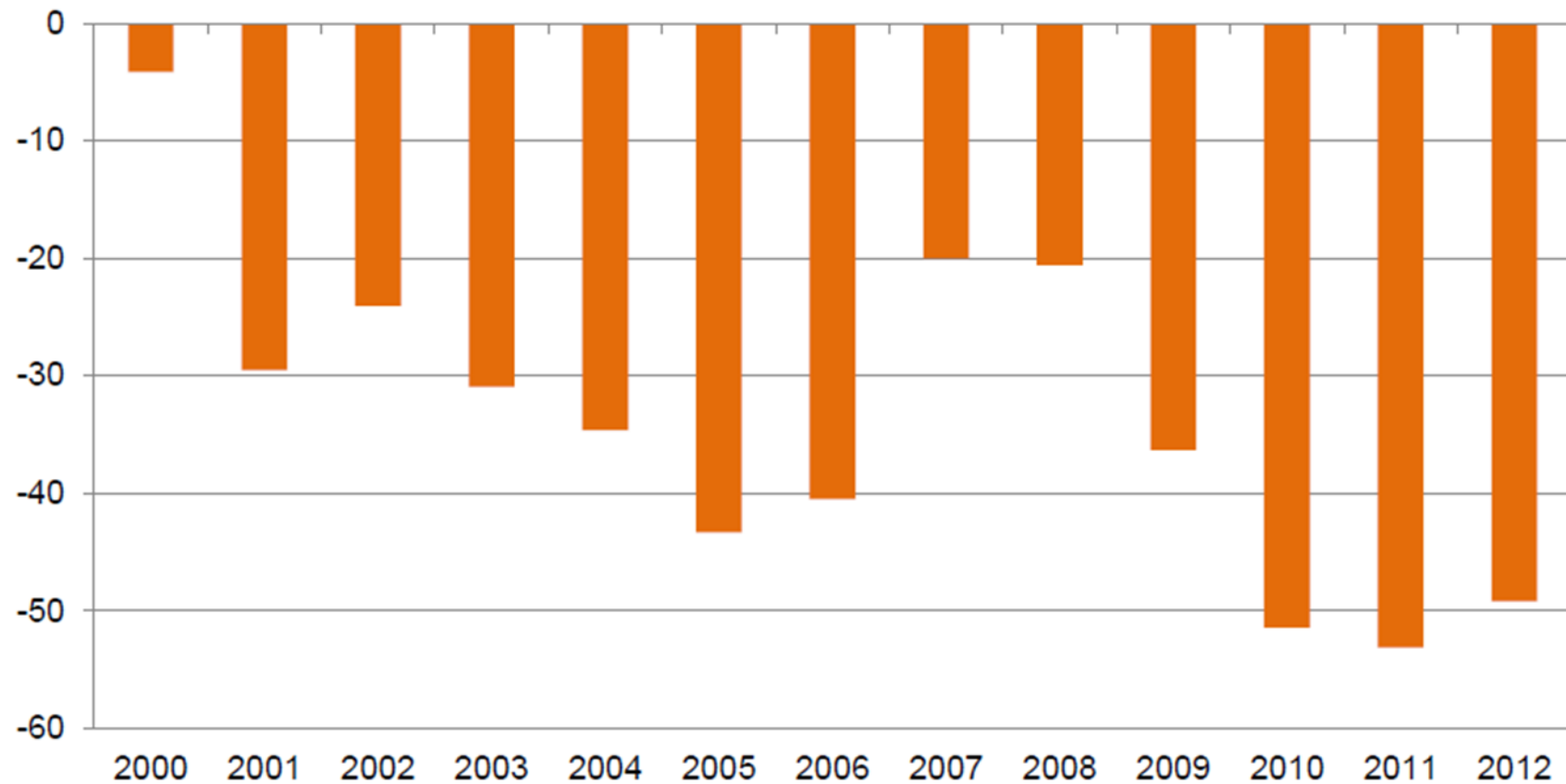


So wirkte die staatliche Umverteilung ...



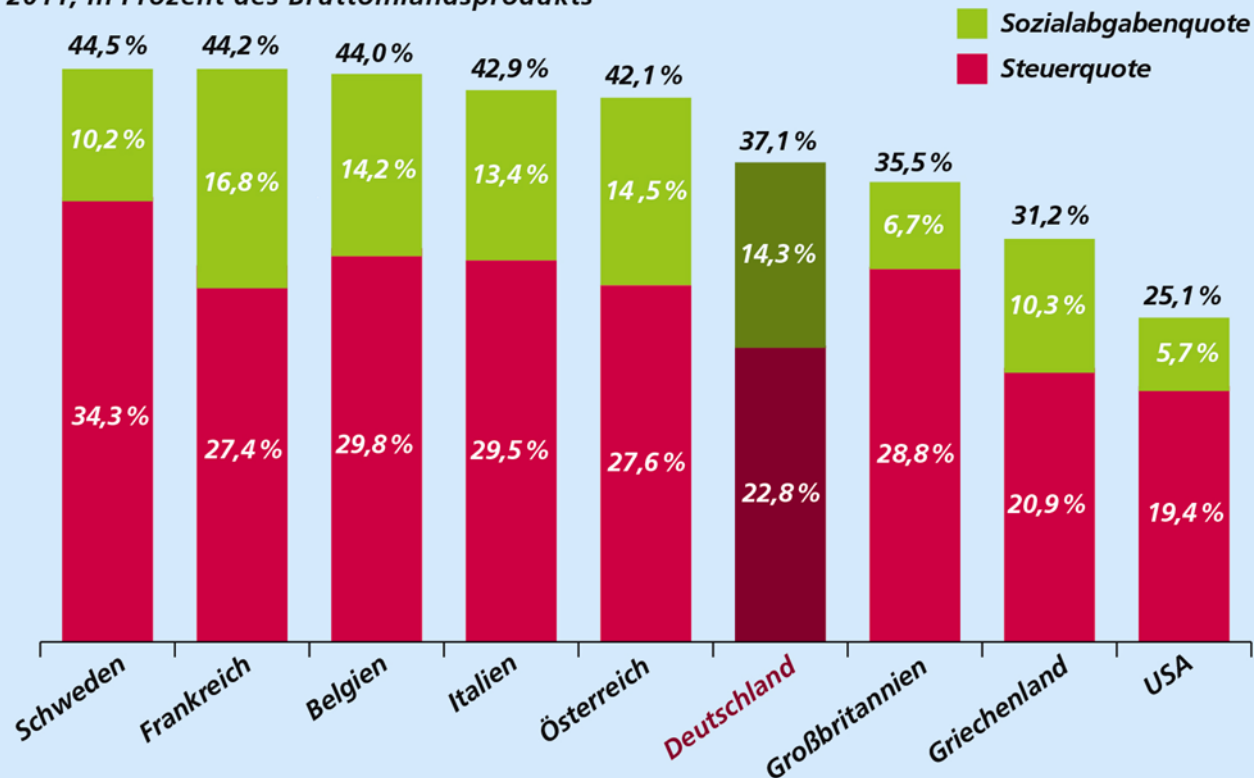
*Gini-Koeffizient, 0 = vollkommen egalitär, 1 = maximal ungleich
Quelle: Schmid u.a. 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Mindereinnahmen gegenüber den Stand des Steuerrechts von 1998 in Milliarden Euro



Quelle: Berechnungen von Kai Eicker-Wolf und Achim Truger

Steuer- und Abgabenquoten im Vergleich
2011, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

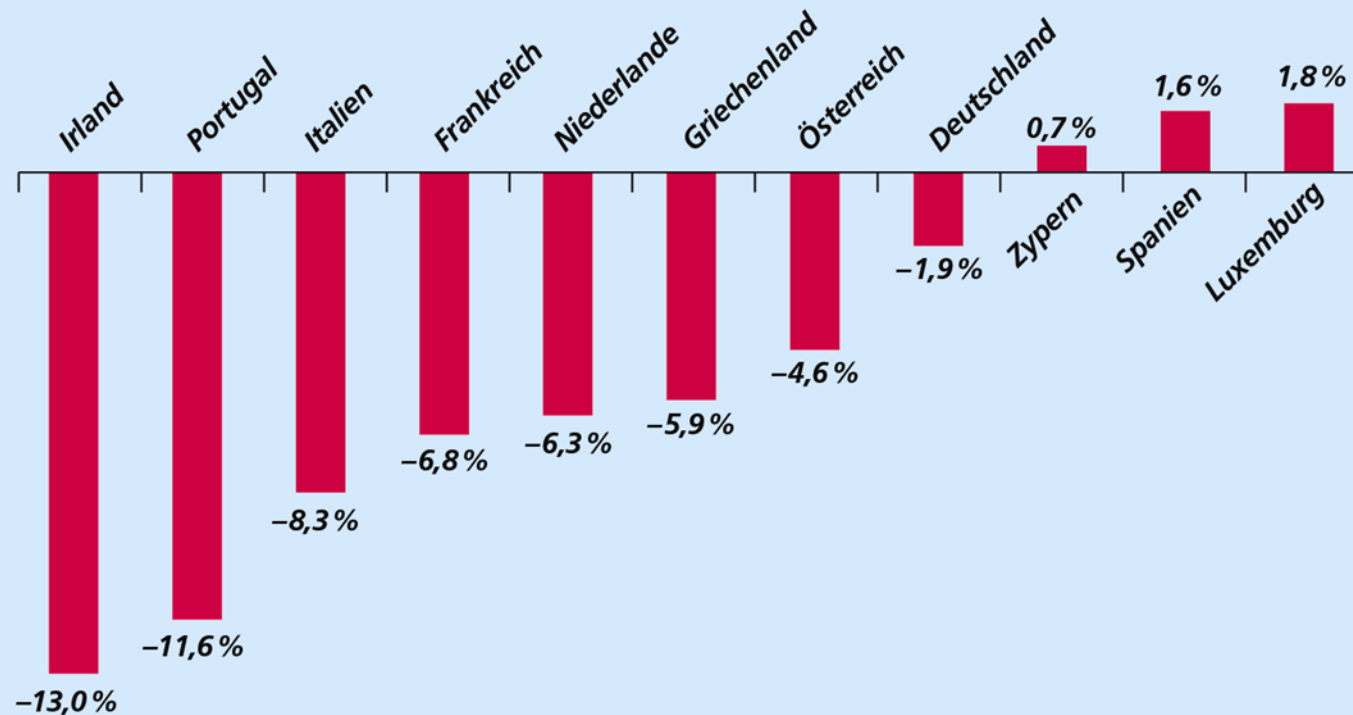


Die Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen liegt in Deutschland deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Die Steuerbelastung von Vermögen und Gewinnen ist besonders niedrig. Hätte Deutschland die Steuer- und Abgabenquoten von Schweden oder Frankreich würde der Staat fast 200 Milliarden Euro mehr einnehmen.

Quelle: OCED, Revenue Statistics 2012

Einnahmequellen weggekürzt

Beschäftigungsabbau bei Steuerbehörden zwischen 2007 und 2011, in Prozent



Steuerfahnder/-innen und Betriebsprüfer/-in bringen für das Gemeinwesen meistens ein Vielfaches ihres Gehalts an Einnahmen. Trotzdem sind viele Stellen bei den Steuerbehörden dem Kürzungswahn bei der öffentlichen Beschäftigung zum Opfer gefallen.

Quelle: Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst, EGÖD 2013

Schuldenbremsen machen Antikrisenpolitik unmöglich

**Verschärfte Maastrichtkriterien, Schuldenbremse
und Fiskalpakt knebeln staatliche Aktivitäten**

Untaugliches Instrument zum Schuldenabbau

**Auf der Strecke bleiben die Investitionen, die
sozialen Sicherungssysteme und aktive
Wirtschaftspolitik**



Gründe gegen Staatsverschuldung

- ➔ Staatsschulden **verdrängen private Verschuldung** (crowding out). Dadurch werden private Aktivitäten und private Investitionen gebremst und letztlich Wachstum und Wohlstand verringert.
- ➔ Wachsende Staatsschulden führen zu immer größeren **Zinsbelastungen**, die die öffentlichen Haushalte handlungsunfähig machen.
- ➔ Schuldenfinanzierte **Konjunkturprogramme** erzeugen nur ein kurzes **Strohfeuer** und sind wirkungslos.
- ➔ In der Krise aufgenommene **Schulden werden im Aufschwung nicht mehr getilgt**, weil dann „Wohltaten“ an die Bevölkerung verteilt werden, um die nächsten Wahlen zu gewinnen.
- ➔ Nach der neoliberalen Ideologie **soll sich der Staat immer weiter zurückziehen** und braucht deshalb auch immer weniger Finanzmittel.

Gründe für Staatsverschuldung

- Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur **Korrektur des Marktversagens**, insbesondere als Konjunkturpolitik.
- **Langfristige Investitionen**, deren Nutzen über viele Jahre oder Jahrzehnte anfällt, werden auch in der Finanzierung über viele Jahre der Nutzungsdauer gestreckt. Das gilt vor allem für Bauten.
- In **den letzten Jahren war der Staat als Sektor der letzte inländische Kreditnehmer**. Ohne Staatsverschuldung wäre eine verzinste Geldanlage (ohne riskante spekulative Geschäfte auf den internationalen Finanzmärkten) nicht mehr möglich.
- **Ungeplante Staatsverschuldung**: Neben der bewussten Politik der Staatsverschuldung entsteht sie immer dann, wenn die Einnahmen kleiner als die Ausgaben ausfallen, auch wenn dies nicht vorgesehen war.

Immer strengere Regeln zur Begrenzung öffentlicher Schulden

➤ *Alte Schuldenbremse (goldene Regel):*

Neuverschuldung ist im Umfang der öffentlichen Investitionen möglich.
Ausnahme bei Vorliegen eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts.

➤ *Europäische Schuldenbremse (Maastricht-Kriterien):*

Vorraussetzung zum Beitritt in die Wirtschafts- und Währungsunion (Euro-Zone). Die **Neuverschuldung darf 3 Prozent** der Wirtschaftsleistung, der **Schuldenstand 60 Prozent** der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen.

Angestrebt wird ein ausgeglichener Haushalt. Ausnahme nur in außergewöhnlichen Notsituationen.

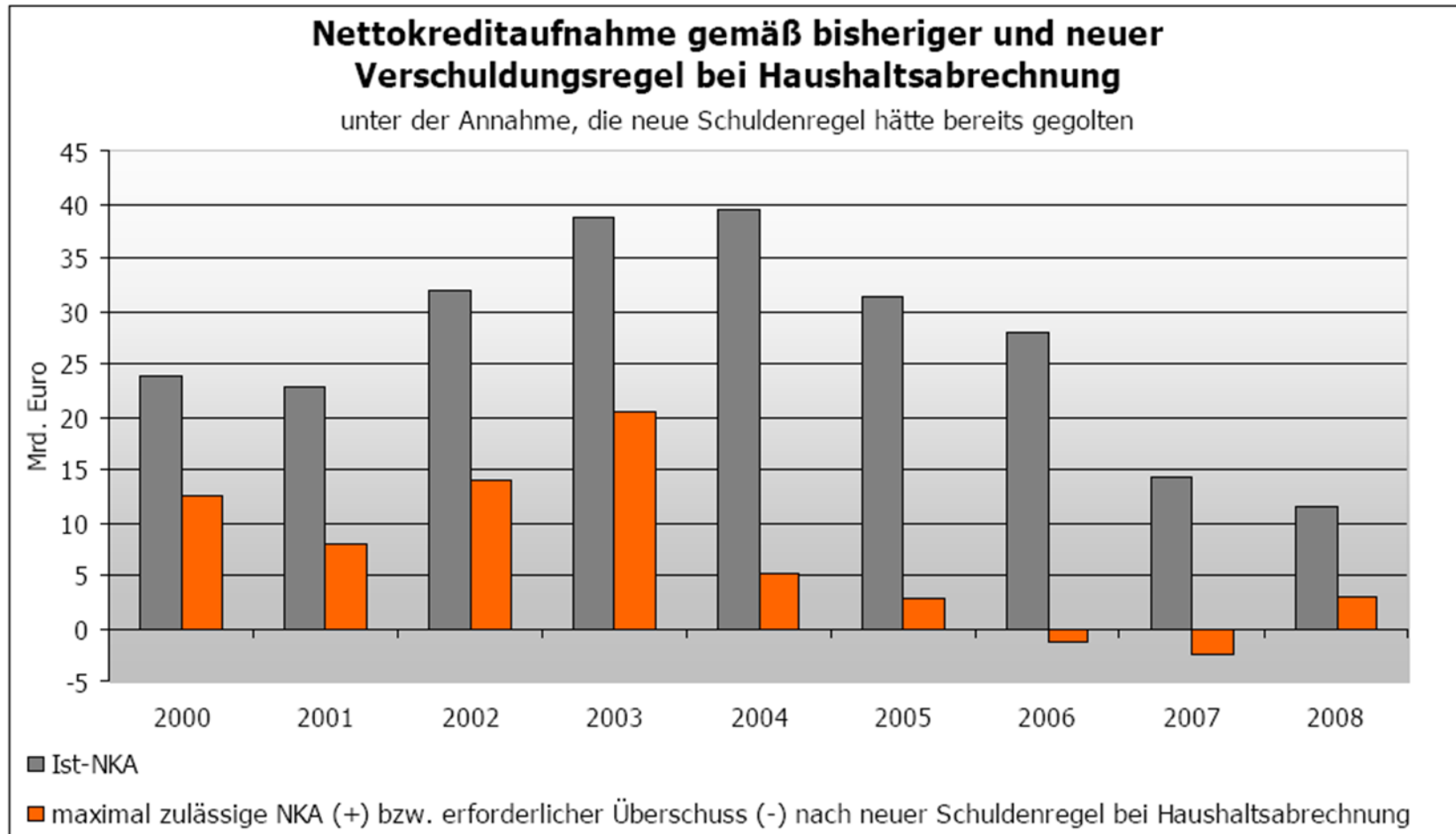
Neue Schuldenbremse:

Die **strukturelle Verschuldung darf 0,35 Prozent**, die **konjunkturelle Verschuldung 1,5 Prozent** der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen. Die konjunkturelle Verschuldung muss über den Zyklus ausgeglichen sein.

Grundlage ist der staatliche Gesamthaushalt, einschließlich Sozialversicherungen und Nebenhaushalten. Privatisierungserlöse werden nicht berücksichtigt. Ausnahme nur in außergewöhnlichen Notsituationen

Referenzjahr für den Abbau der Verschuldung ist 2010. Die Schuldenfreiheit muss **2016** erreicht sein.

Die Bundesländer dürfen sich strukturell nicht verschulden. Die Schuldenfreiheit muss für sie **2020** erreicht sein. Die Kommunen gehören rechtlich zu den Bundesländern.



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Leben wir auf Kosten kommender Generationen?

Auch wenn der Gedanke Populär ist, die Antwort ist nein. Eine Gesellschaft kann keine Schulden vererben! Jeder Schuld steht immer eine gleich große Forderung gegenüber, die ebenfalls vererbt wird. Per Saldo wird also nichts vererbt. Die Gesellschaft wird durch Schulden nicht reicher oder ärmer.

Leben wir über unsere Verhältnisse?

Häufig hat der Staat Schulden aufgehäuft, obwohl er die Ausgaben gesenkt hat! Seit 1998 wurden durch Steuersenkungen die Staatseinnahmen gesenkt. Im Jahre 2010 machten diese Mindereinnahmen durch Steuerrechtsänderungen 50 Mrd. Euro aus!

Der Staat ist keine Krake, der immer größere Bereiche der Gesellschaft verschlingt. Vielmehr hat die neoliberale Politik der letzten Jahre zu einer massiven „Entstaatlichung“ (Wirtschaftsweiser Bofinger) geführt. Mit fatalen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, öffentliche Investitionen, Bildung und Infrastruktur.

Zudem steht der öffentlichen Verschuldung ein öffentliches Vermögen gegenüber. Jedes Unternehmen ist höher verschuldet als der Staat.

Leiden unter öffentlichen Schulden nicht gerade die kleinen Leute?

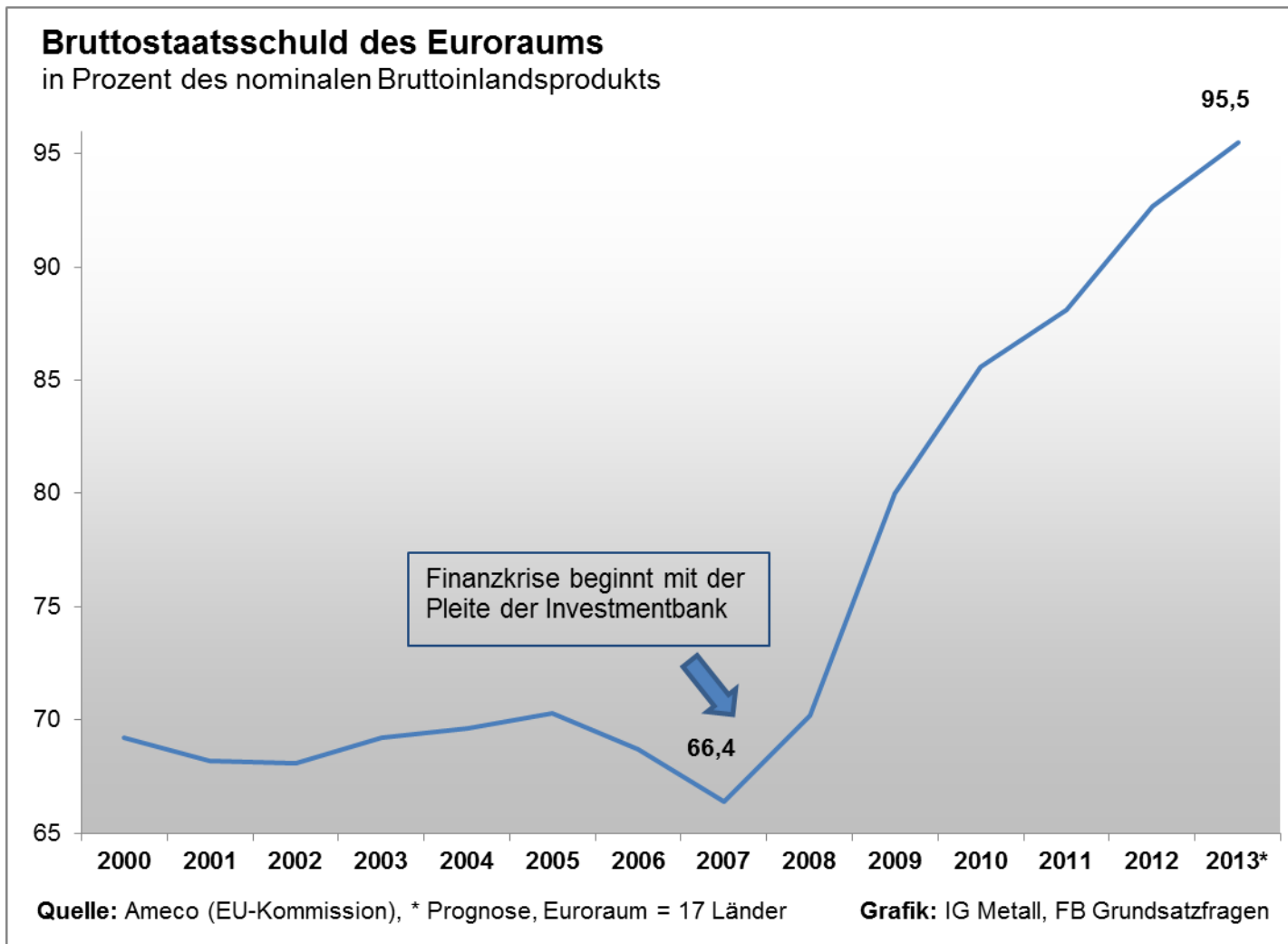
Auch diese Erklärung ist populär: Der Staat leiht sich Geld und finanziert mit den Zinszahlungen reiche Leute. Diese Zinszahlungen muß dann die Masse der Leute mit den Steuern finanzieren.

Reiche Leute bekommen eine Rendite auf ihr Vermögen, weil sie dieses haben, und nicht, weil der Staat schulden macht! Die ungleiche Verteilung ist ein Problem – und kann mit Steuerpolitik bekämpft werden, aber nicht mit einer Schuldenbremse.

Haben nicht übermäßige Staatsschulden fast den Euro ruiniert?

Eindeutig nein! Staatsschulden sind kein Problem, sie können im Prinzip jederzeit durch Steuern zurückgeholt werden. Ein Problem ist die Verschuldung der gesamten Gesellschaft!

Zudem war Irland ein Musterschüler, der keine Schulden, sondern sogar Überschüsse erwirtschaftet hat. Erst der Kollaps der Banken, die vom Staat gerettet werden mussten, hat zum Schulden-Desaster geführt.



Kann eine Schuldenbremse überhaupt wirken?

Die Erfahrungen mit der europäischen Schuldenbremse sprechen eher dagegen. Hätte Deutschland auf die Wiedervereinigung verzichten sollen, um die Schuldenbremse einzuhalten? Hätte man die Finanzmärkte zusammenbrechen lassen sollen?

Sparsamkeit muss auch nicht zum Ziel führen. Das hat Finanzminister Eichel schmerzlich erfahren müssen. Jedes Jahr hat er den Haushalt gekürzt, um Staatsschulden abzubauen. Am Ende des Jahres waren die Schulden immer gewachsen. Warum? Durch die Kürzung der Haushalte ging das Wachstum zurück und damit die Steuereinnahmen. Der Staat ist eben kein Privathaushalt.

Die Konsequenz der Schuldenbremse: um die Kosten der Krise und der Steuergeschenke zu bezahlen, werden Investitionen, öffentliche Daseinsvorsorge und Sozialleistungen massiv gekürzt. Wir alle zahlen die Zeche, nicht der staatlichen Schulden, sondern der Schuldenbremse.

Die Steuerdebatte im Vorfeld der Bundestagswahl

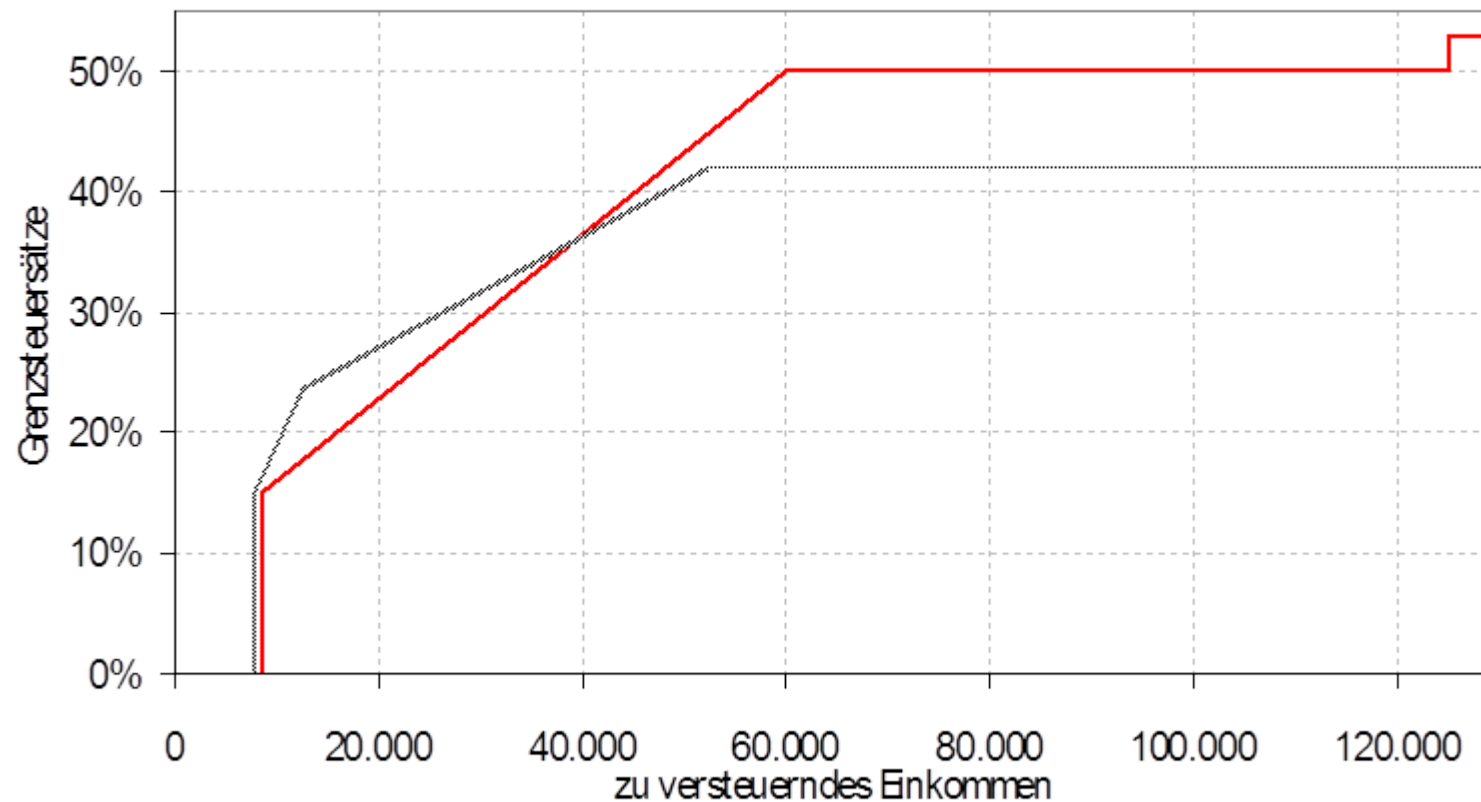
**Kalte Progression als Einfallstor für weitere
Steuersenkungen**

**Oppositionsparteien fordern höhere Steuern
und gerechtere Verteilung der Steuerlasten**



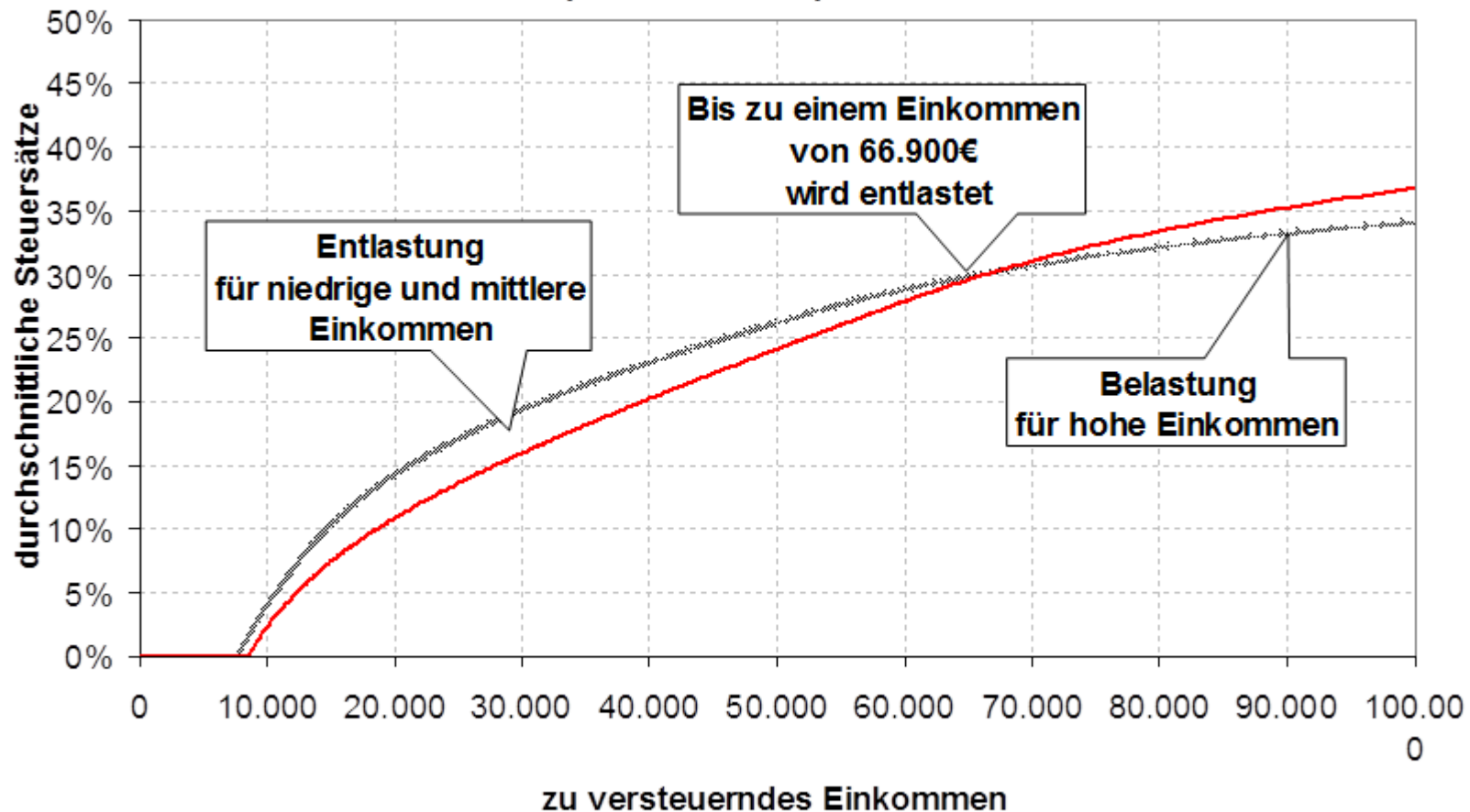


Tarifverlauf 2008 und DGB-Tarifverlauf (Grundtabelle)
Grenzsteuersätze

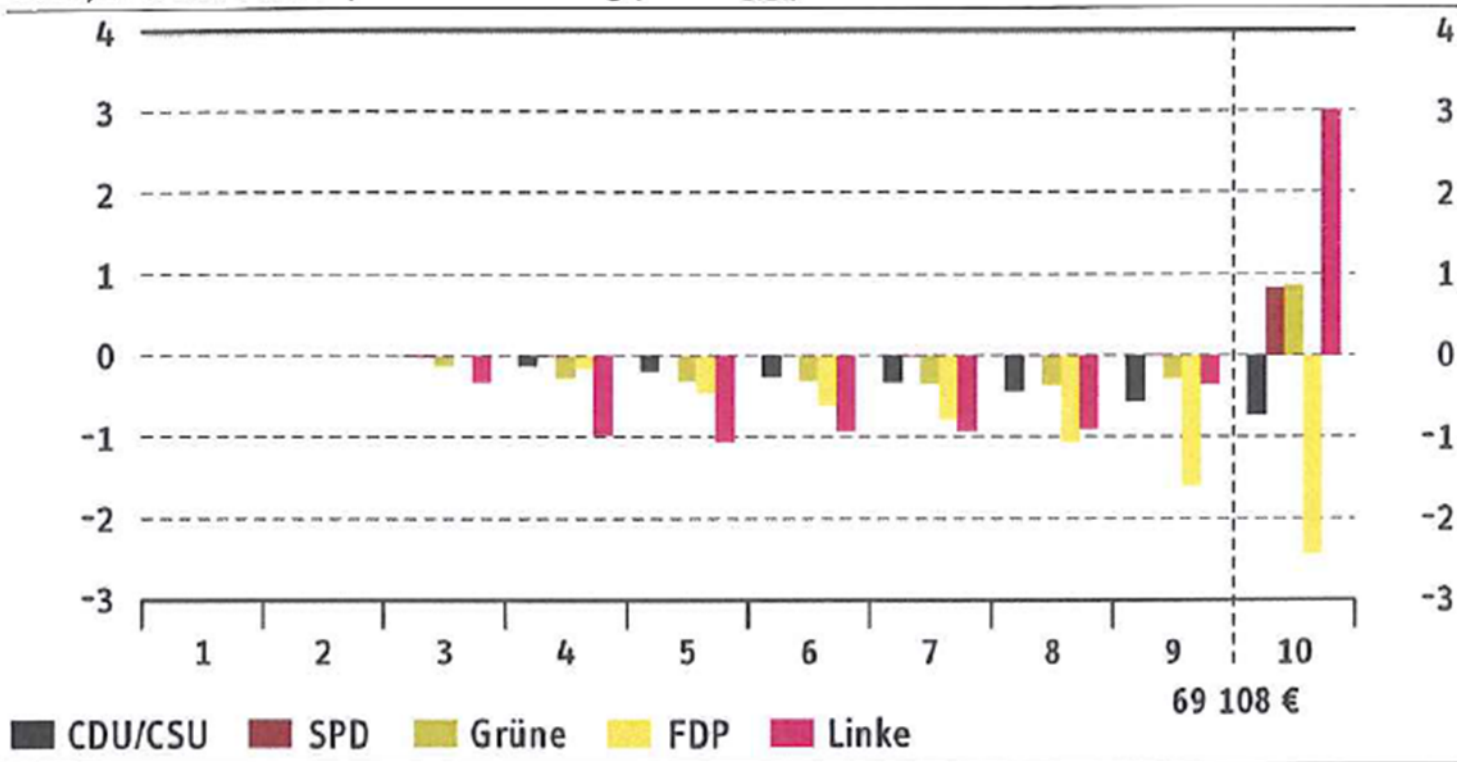




Tarifverlauf 2008 und DGB-Tarifverlauf
(Grundtabelle)



Relative Be- und Entlastungen der Einkommensteuer- und Solidaritätszuschlagszahlungen
2014, in % der Status quo-Steuerzahlung (nach T₂₀₁₄)



Eigene Darstellung.

Die Steuervorschläge der Oppositionsparteien bedeuten, dass *„... jenseits eines jährlichen Bruttoeinkommens von 70.000 Euro (Bündnis 90/Die Grünen), 78.000 Euro (SPD) bzw. 81.000 Euro (Die Linke) mit einer Mehrbelastung durch die Reformvorschläge zu rechnen wäre.“*

- **IMK Report 81, April 2013**

Besteuerung von Vermögen ungenügend

Vermögensteuer wird nicht mehr erhoben

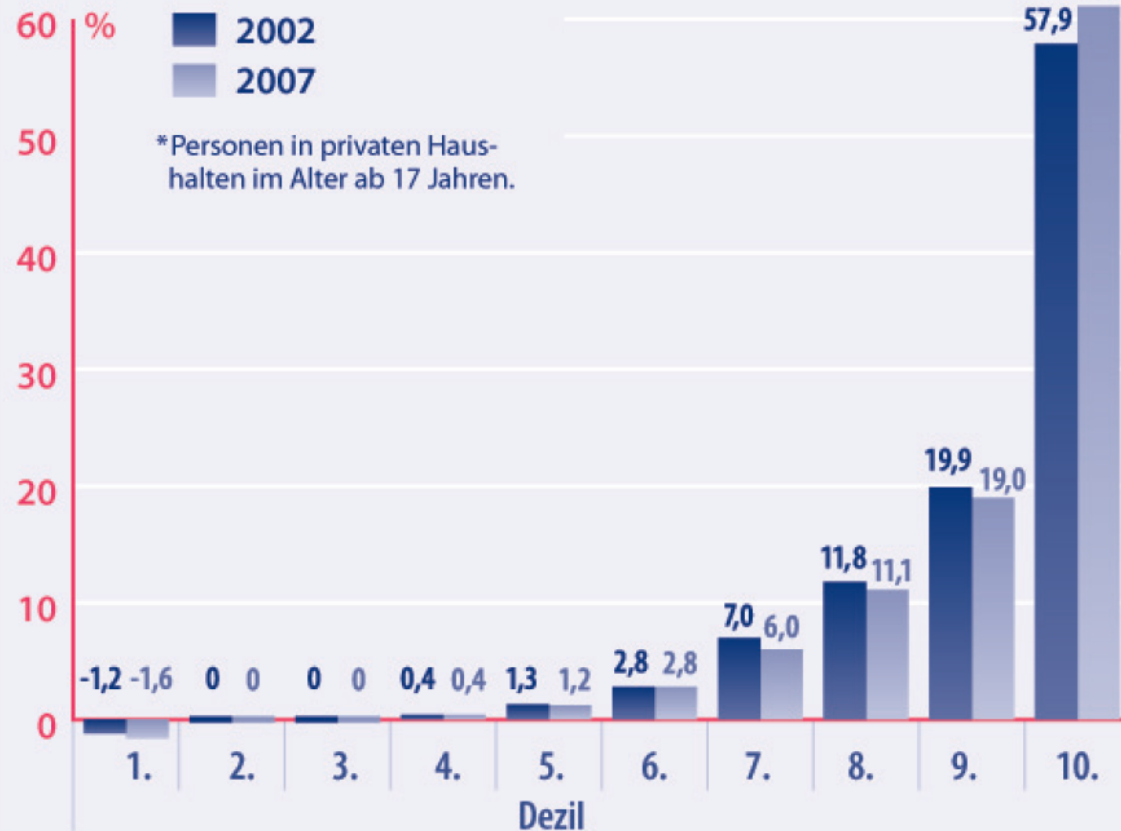
Extrem ungleiche Vermögensverteilung

**Im internationalen Vergleich kaum
Besteuerung von Vermögen in Deutschland**



Individuelles* Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

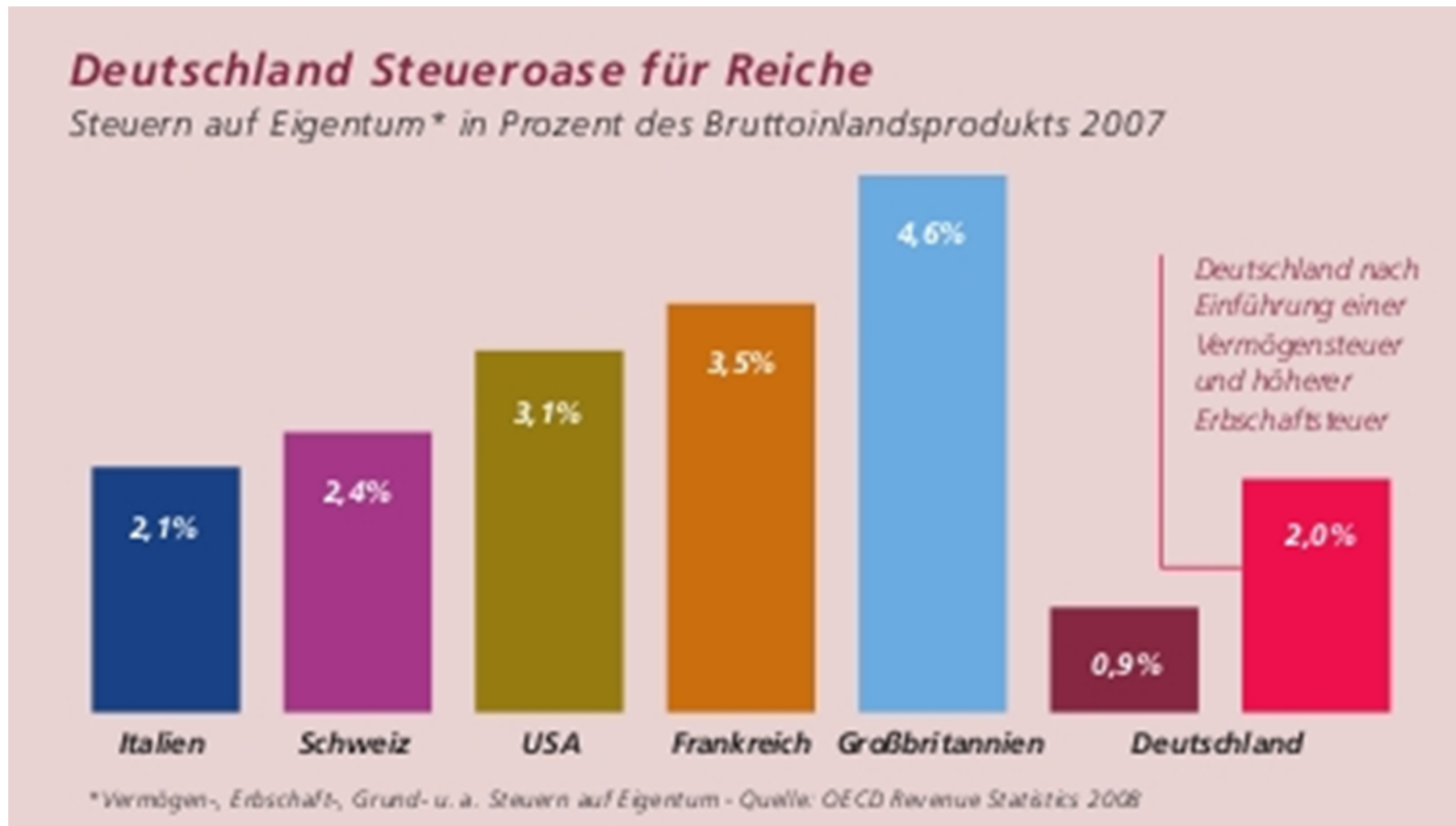
Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

Nach Schätzungen des DIW (DIW-Wochenbericht 42/2012) entfallen auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Nettovermögens. Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt über 36 Prozent des Nettovermögens. Besonders viel Vermögen ist bei ganz wenigen Reichen konzentriert. 0,1 Prozent der Bevölkerung, also ein Tausendstel, verfügen über 22 Prozent des Nettovermögens in Deutschland.



 **Grundsteuer**

Von den Verteilungswirkungen sehr kritisch. Da die Grundsteuer im Mietwohnungsbau auf die Mieter überwälzt werden kann, werden nicht nur Vermögende zur Kasse gebeten. Kommunale Steuer.

 **Vermögensteuer**

Offiziell noch Gesetz, wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Reine Ländersteuer. Steuersatz war 1 Prozent.

 **Vermögensabgabe**

Einmalige Abgabe auf Vermögen in außergewöhnlichen Situationen. In der Bundesrepublik bisher einmal 1949 als Lastenausgleich erhoben (50 Prozent auf alle Vermögen, mit Freibeträgen). Erhebung wurde zeitlich gestreckt bis 1979.

In außergewöhnlichen Situationen können nach dem Grundgesetz große Vermögen durch eine einmalige Abgabe zur Bewältigung dieser Probleme herangezogen werden. Historisches Vorbild ist die Vermögensabgabe aus dem Jahre 1949. Damals wurde eine Abgabe von 50 Prozent auf alle Nettovermögen (mit Freibeträgen) erhoben. Die Erhebung wurde auf einen Zeitraum von 30 Jahren gestreckt und bis 1979 vollzogen. Die Zahlungen erfolgten vierteljährlich.

CDU/CSU und FDP

Die derzeitige Koalition lehnt die Wiederbelegung der Vermögensteuer strikt ab.

SPD

Die SPD ist für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Details bleiben allerdings offen. Vor allem ist unklar, ob das Betriebsvermögen besteuert wird.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen fordern eine einmalige Abgabe auf Vermögen. Diese beträgt 15 Prozent, auf zehn Jahre verteilt. Betriebsvermögen wird erfasst, Körperschaften nicht. Der Freibetrag für Privatvermögen beträgt 1 Mio. Euro. Mittelfristig soll es auch wieder eine Vermögensteuer geben.

Die Linke

Auch die Linke fordert eine Vermögensabgabe und eine Vermögensteuer. Letztere soll 5 Prozent betragen (1 Mio. Freibetrag). Die Abgabe erfolgt gestaffelt nach Höhe des Vermögens. Bei mehr als 100 Mio. Vermögen sind es 30 Prozent.

Austeritätspolitik verhindert gesellschaftliche Entwicklung

**Krisen werden verschärft – Verschuldung steigt
sogar an**

**Soziale Versorgung, Bildung und der ökologische
Umbau bleiben auf der Strecke**

**Schuldenbremsen machen Steuererhöhungen zur
Staatsfinanzierung zwingend notwendig**



Staatliche Ausgaben sorgen für eine konjunkturelle Stabilisierung krisenanfälliger kapitalistischer Wirtschaften. Die katastrophalen Folgen einer prozyklischen Ausgabenpolitik in der Krise sind in Südeuropa zu besichtigen. Sinkende Staatsausgaben führen über einen „Minusmultiplikator“ zu einer noch viel stärker sinkenden Wirtschaftsleistung.

Die zentralen staatlichen Aufgaben beschränken sich aber nicht auf die konjunkturellen, sondern auf alle Effekte des Marktversagens. Regulierung, Bereitstellung von Infrastruktur, Korrektur der Marktverteilung gehören ebenso dazu.

Deshalb fordert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auch für Deutschland ein umfassendes Investitions- und Ausgabenprogramm. Damit soll die Konjunktur stabilisiert, nicht kaufkräftige gesellschaftliche Bedarfe gedeckt und der ökologische Umbau ermöglicht werden.

Ausgaben für ein Investitionsprogramm

Deutschland braucht ein zukunfts- und leistungsfähiges Bildungssystem. Gerade hier gibt es erhebliche Defizite. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert Mehrausgaben von 30 Milliarden Euro jährlich für Bildung.

🔍 Bildungsausgaben:	30,0 Milliarden Euro
Kindertagesstätten	12,0 Milliarden Euro
Berufsausbildung	0,5 Milliarden Euro
Hochschulen	6,0 Milliarden Euro
Weiterbildung	7,5 Milliarden Euro

Ausgaben für ein Investitionsprogramm

Andere Felder für zusätzliche öffentliche Investitionen:

- **Kommunale Infrastruktur: 20,0 Milliarden Euro**
- **Bahninfrastruktur: 15,0 Milliarden Euro**
- **Kultur: 5,0 Milliarden Euro**
- **Forschung: 5,0 Milliarden Euro**
- **Ökologische Umgestaltung Unternehmen: 5,0 Milliarden Euro**

Ausgaben für ein Investitionsprogramm

➡ **Öffentlicher Beschäftigungssektor: 18 Milliarden Euro**

Die Beschäftigung soll durch öffentliche Programme auch direkt erhöht werden. Die Arbeitsbedingungen müssen tarifgerecht ausgestaltet sein.

➡ **Anhebung Alg. II auf 450 Euro: 17 Milliarden Euro**

Die Erhöhung ist nur der erste Schritt. Die Mittel werden von den betroffenen vollständig konsumiert werden und so die Binnennachfrage stimulieren. Auch die Bezugsdauer von Alg. I muss verlängert werden.

Umdenken in der Finanzpolitik: Sozial gerechte Steuermehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden

Alternativen der Steuerpolitik – die wichtigsten Instrumente



Vermögensteuer

Einführung einer dauerhaften Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent. Selbst genutztes Wohneigentum wird nicht besteuert, der zusätzliche Freibetrag beträgt 300.000 Euro für Paare und 100.000 Euro je Kind. Die Vermögensteuer fließt den Bundesländern zu. Damit lassen sich zusätzliche Ausgaben, etwa für die Bildung, dauerhaft finanzieren.

Vermögensabgabe

Der Steuersatz einer einmaligen Vermögensabgabe beträgt auf zehn Jahre verteilt jeweils zwei Prozent.

Die Abgabe erfolgt von privaten Personen sowie von Betrieben auf der Basis des Betriebsvermögens. Der Freibetrag beträgt eine Million Euro, ein zusätzlicher Kinderfreibetrag 250.000 Euro und der Freibetrag für Betriebsvermögen zwei Millionen Euro.

Das Aufkommen soll in einen Fonds fließen, aus dem ein Teil der öffentlichen Schulden des Bundes, der Länder sowie der Kommunen getilgt werden kann.

Erbschafts- und Schenkungsteuer

Zur gerechten Besteuerung großer Vermögen ist eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer erforderlich.

Die von der jetzigen Bundesregierung durchgesetzten Änderungen sind wieder rückgängig zu machen. Der Spitzensteuersatz soll erhöht werden; die Freibeträge sind zu kürzen.

Einkommensteuer

Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer wird auf 53 Prozent erhöht, und die Spitzenbesteuerung beginnt ab einem zu versteuernden Einkommen von 67.000/134.000 Euro (alleinstehend/verheiratet).

Der Eingangssteuersatz setzt mit 14 Prozent bei 8.500/17.000 Euro (alleinstehend/verheiratet) ein. Vom Eingangssteuersatz bis zum Spitzensteuersatz steigt die Steuerbelastung linear an.

Die derzeit geltende Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte mit 25 Prozent wird abgeschafft; Kapitaleinkünfte unterliegen der Besteuerung mit dem individuellen Einkommensteuersatz.

Das immer noch geltende Ehegattensplitting, das Alleinverdienerinnen bzw. Alleinverdiener innerhalb der Familie im Bereich des Spitzensteuersatzes bevorteilt, ist nach einer Einrichtung von Übergangsregeln abzuschaffen.

Unternehmensbesteuerung

Der Körperschaftsteuersatz für die Kapitalgesellschaften wird von derzeit 15 auf 30 Prozent erhöht.

Die derzeitige Gewerbesteuer sollte als wichtigste autonome Einnahmequelle der Kommunen in eine aufkommensstarke und stabile Gemeindewirtschaftsteuer umgebaut werden.

Besteuerung der Finanzmärkte

Die Besteuerung aller Finanztransaktionen (Tobin-Tax) muss endlich realisiert werden. Der Entwurf der EU-Kommission sieht einen Steuersatz von 0,2 Prozent auf Anteile und Anleihen sowie von 0,02 Prozent auf Derivatkontrakte vor (wobei Verkäufer und Käufer jeweils die Hälfte der Steuersätze tragen).

Steuerschlupflöcher und Steueroasen müssen geschlossen werden.

Mehrwertsteuer

Bei der Mehrwertsteuer sollen existenzwichtige Güter und Dienstleistungen nicht (etwa Arztleistungen) oder lediglich mit sieben Prozent besteuert werden – statt mit dem Normalsteuersatz von 19 Prozent wie bisher.

Eine Erhöhung des Normalsteuersatz bei der Mehrwertsteuer lehnt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik strikt ab. Die Verteilungswirkungen einer solchen Erhöhung wären besonders negativ.